

München, 29.12.2017

AKW Gundremmingen: Sicher ist nur das Risiko

SPD fordert Komplettabschaltung des Pannen-Kraftwerks

Planmäßig wird in diesen Tagen Block B des AKW Gundremmingen vom Netz genommen. Für den schwäbischen SPD-Abgeordneten **Herbert Woerlein** kein Grund zur Zufriedenheit oder gar Freude: „Um die Sicherheit der Bevölkerung sicherzustellen, muss sofort auch Block C abgeschaltet werden!“

Woerlein begründet seine Forderung mit den zahlreichen Pannen im AKW und mit der ungenügenden Informationspolitik der Kraftwerksbetreiber. Sein [Dringlichkeitsantrag zum Austausch fehlerhaften Materials \(PDF, 202 kB\)](#) wurde im Bayerischen Landtag erst vor wenigen Wochen abgelehnt. „Ich hätte auf jeden Fall erwartet, dass die Betreiber die defekten Hüllrohre für Brennelemente austauschen. Die Schweizer haben verantwortungsbewusster gehandelt und die im AKW Leibstadt verbauten fehlerhaften Teile im Rahmen einer Revision sofort ersetzt.“

In der laufenden Legislaturperiode beschäftigt sich der Landtag ständig mit sicherheitsrelevanten Vorkommnissen im AKW Gundremmingen: Im März 2015 bauten Handwerker bei Instandhaltungsarbeiten nicht die Armatur am abgeschalteten Reaktor, sondern die Armatur am laufenden Reaktor aus und lösten eine Schnellabschaltung aus. Im November 2015 stürzte bei einer Umlagerung im Abklingbecken ein Brennstab Bündel ca. 4 Meter ab. Purer Zufall verhinderte Schlimmstes. Im April 2016 wurden Computerviren auf einem ungeschützten Computer und auf 18 Wechseldatenträgern entdeckt. Die IT-Sicherheitsvorkehrungen waren dilettantisch. Im Juni 2017 stellten Prof. Manfred Mertins und Obergutachter Lothar Hahn, ehemaliger Vorsitzender der Reaktor-Sicherheitskommission, fest, dass in Gundremmingen ein Zwischenkühlkreislauf fehle und dass das AKW damit nicht den geltenden Sicherheitsbestimmungen entspreche.

Woerlein kritisiert auch die mangelhafte Informationspolitik der AKW-Betreiber: „Von all den Vorfällen habe ich als verantwortlicher Umweltpolitiker aus der Zeitung oder aus Fernsehsendungen erfahren. Erst auf Nachfrage hat ein Vertreter des Ministeriums im

Ausschuss berichtet. Diese Auskünfte waren jedoch alles andere als zufriedenstellend oder gar beruhigend.“